

Beschluss der 55. Europaministerkonferenz am 07. Juli 2011 in Berlin

Für ein Europa der Freizügigkeit

1. Die Europaministerinnen, Europaminister und -senatoren der Länder sehen in den aktuellen und geplanten Maßnahmen an der deutsch-dänischen Grenze Gefahren dahingehend, dass das Prinzip der ungehinderten Mobilität und Freizügigkeit, einem Grundpfeiler der europäischen Idee, in Frage gestellt wird.
2. Die ungehinderte Bewegungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger ist eine wesentliche Errungenschaft der Europäischen Union. Das so genannte „Schengen-Abkommen“ garantiert die Reisefreiheit ohne Pass- und Grenzkontrollen für 22 der 27 Mitgliedstaaten sowie die Staaten Norwegen, Island und Schweiz.
3. Grenzkontrollen müssen wie bisher auf Ausnahmesituationen beschränkt und eng begrenzt sein. Entsprechende Maßnahmen müssen strikten Bedingungen unterliegen und zeitlich beschränkt sein. Die Europaministerinnen, Europaminister und -senatoren begrüßen deshalb, dass der Europäische Rat die Kommission gebeten hat, einen Vorschlag für eine Regelung vorzulegen, die es ermöglicht, „ausnahmsweise eine Wiedereinführung von Binnen-grenzkontrollen in wahrhaft kritischen Situationen zuzulassen, in denen ein Mitgliedstaat nicht mehr in der Lage ist, seine Verpflichtungen gemäß den Schengen-Vorschriften zu erfüllen.“
4. Die Europaministerinnen, Europaminister und -senatoren der Länder fordern die Bundesregierung auf, sich bilateral und auf europäischer Ebene gegen jede Form einer dauerhaften Wiedereinführung von Grenzkontrollen und für den Erhalt des Prinzips einer ungehinderten Freizügigkeit auszusprechen.

Beschluss der 55. Europaministerkonferenz am 7. Juli 2011 in Berlin
--

Länderpositionen für die Begleitgesetzgebung

Berichterstatter: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

1. Die Europaministerinnen, Europaminister und -senatoren der Länder nehmen die anliegenden Länderpositionen für die Begleitgesetzgebung zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Europaministerinnen, Europaminister, und -senatoren der Länder bitten die Berichterstatter auf dieser Grundlage Verhandlungen mit der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag auf politischer Ebene zu führen.